

## **Die Saarwirtschaft am Ende des Jahrzehnts**

### **Wo steht sie, welche Perspektiven hat sie und was erwartet sie von der nächsten Landesregierung**

#### **Themen:**

- **Standortpolitik:** Den Industriestandort sichern (saarspezifische Mehrkosten abbauen)
- **Energieversorgung** sichern (Kohlekraftwerkspark erneuern)
- Keine Chance für **Tariftreuegesetz** im Saarland
- **Hochschulentwicklung:** Stärkung der Ingenieurausbildung

#### **Standortaufwertung und vorhandene Standortschwächen beseitigen**

Mit dem Ausstieg aus dem Bergbau bis zum Jahre 2012 werden im Saarland zwischen 7 000 und 8 000 Arbeitsplätze dauerhaft verloren gehen. Das Saarland braucht deshalb eine hohe Wachstumsdynamik und einen überdurchschnittlichen Beschäftigungsaufbau im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren einiges getan, um den Standort an der Saar aufzuwerten. Es gibt Fortschritte wie die Aufwertung der Forschungslandschaft oder die Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbindung, aber auch Rückschritte: etwa die Aufhebung des Landesprogramms zur Senkung der Gewerbesteuerhebesätze.

Auch die Einführung des Wassercentrs bedeutet unnötige Mehrkosten für die Unternehmen. Der Wassercent hat seit Mai 2008 die Wasserpreise für Industrie, Gewerbe und saarländische Bevölkerung verteuert. Die amtliche Statistik zum Wasserverbrauch belegt, dass die saarländische Wirtschaft bereits vor Einführung

dieser „Strafgebühr“ schonend mit der Ressource umgegangen ist. Im benachbarten Rheinland-Pfalz wird eine solche Gebühr nicht erhoben, im Saarland gehört sie wieder abgeschafft!

Per Saldo bestehen noch eine Reihe weiterer Standortnachteile gegenüber anderen Bundesländern. Hierzu gehören vor allem die Krankenstände, die Zahl der Feiertage und die Gewerbesteuerbelastung. In der Summe addieren sich diese Standortnachteile gegenüber den anderen Bundesländern zu einer Mehrbelastung der Saarwirtschaft von rund 150 Millionen Euro jährlich.

Diese Sonderlast erschwert nicht nur das Ansiedlungsgeschäft, sie belastet insbesondere auch das Wachstum der bereits bestehenden Unternehmen. Der dringend notwendige Beschäftigungsaufbau in unserem Land wird dadurch erschwert. Hinzu kommt die Gefahr, dass die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise das Saarland mit seinem besonders stark ausgeprägten industriellen Kern überdurchschnittlich treffen wird. Die Landesregierung bleibt deshalb aufgefordert, ihren Kurs der Standortaufwertung noch konsequenter als bisher zu verfolgen. „Standortschwächen beseitigen – Standortvorteile schaffen“ – das sollte die Devise der saarländischen Wirtschaftspolitik auch in den kommenden Jahren sein. Ziel muss es bleiben, bei allen genannten Standortnachteilen schnellstmöglich auf mindestens bundesdurchschnittliche Werte zu kommen – insbesondere auch bei den Hebesätzen der Gewerbesteuer.

### **Verkehrsanbindung weiter verbessern**

Mit fortschreitender Globalisierung der Märkte gewinnen niedrige Frachtkosten und eine schnelle Erreichbarkeit der wichtigsten nationalen und internationalen Wirtschafts- und Finanzzentren per Straße, Schiene und Flugzeug wachsende Bedeutung. Im Personenverkehr prägen insbesondere auch **Schnelligkeit, Komfort** und **Frequenz** der überregionalen Relationen ganz wesentlich das Bild, das sich Kunden und Geschäftspartner vom Standort Saarland machen.

Trotz der inzwischen erzielten Fortschritte, beispielsweise bei der Positionierung des Flughafens Saarbrücken, bleibt noch Vieles zu tun. Die geplanten Maßnahmen zur weiteren Ertüchtigung der ICE-Strecke Paris – Saarbrücken – Frankfurt sind dringend Notwendig, um in Konkurrenz mit dem „Südast“ über Straßburg dauerhaft

wettbewerbsfähig zu bleiben sind. Die Bemühungen müssen jedoch weitergehen, um die Verbindung gerade in Richtung Frankfurt noch attraktiver zu machen.

### **Energiestandort Saarland sichern**

Die Wirtschaft im Saarland ist in besonders hohem Maße auf eine sichere und preiswerte Energieversorgung angewiesen. Zudem trägt die Kraftwirtschaft selbst mit einem Anteil von gut einem Prozent zur Bruttowertschöpfung im Saarland bei. Auch nach dem Auslaufen des Saarbergbaus bleibt das Saarland mit seiner gut ausgebauten Netzinfrastruktur und seiner Nähe zu industriellen Großverbrauchern ein attraktiver Standort für die Energieerzeugung. Allerdings scheinen neue Kraftwerksprojekte im Saarland kaum noch durchsetzbar zu sein – obwohl in den letzten zehn Jahren bereits ein Achtel der ursprünglich installierten Leistung stillgelegt wurde und der verbleibende Kraftwerkspark inzwischen deutlich in die Jahre gekommen ist. Die Ablehnung des Kraftwerkneubaus Ens Dorf war hier ein fatales Signal für den Wirtschaftsstandort Saar.

Die saarländische Wirtschaft fordert vor diesem Hintergrund alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Saarland auf, sich klar zum Energiestandort Saarland zu bekennen. Dies gilt insbesondere auch für den Bau neuer Steinkohlenkraftwerke auf der Basis von Importkohle – falls dem Saarland eine solche Chance noch einmal geboten wird.

Die mangelnde Akzeptanz konventioneller Kraftwerkstechnik im Saarland ist allerdings nicht zuletzt auch auf die verfehlte Energiepolitik der Bundesregierung zurückzuführen, die sich mittlerweile fast ausschließlich an umwelt- und klimapolitischen Zielen orientiert. Aus unserer Sicht ist es geboten, den Zielen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit künftig einen mindestens gleich hohen Stellenwert einzuräumen. Hierauf muss die Landespolitik über ihren Einfluss im Bundesrat und den innerparteilichen Gremien zwingend hinwirken.

Zudem bedarf die Entwicklung der Energiekosten im Saarland aufgrund der Grenzlage besonderer Beachtung. So liegen gemäß der europäischen Statistik die Strompreise für industrielle Großverbraucher in Deutschland rund 43% und die Gaspreise rund 31% über denen Frankreichs. Zur Sicherung der Attraktivität des

Wirtschaftsstandortes muss es deshalb Ziel der Landesregierung sein, weitere politisch verursachte Belastungen der Energiepreise zu verhindern sowie auf einen Abbau der bestehenden Belastungen hinzuwirken. Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Energiepolitik einzusetzen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Saarlandes im europäischen Vergleich gewährleistet und die Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien unserer Region sichert.

### **Keine Chance für Tariftreuegesetz im Saarland**

Wir vertreten gemeinsam die Auffassung, dass die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand nicht mit der Verpflichtung verbunden werden darf, Tarifverträge einzuhalten. Es gibt viele seriöse Unternehmen, die keine Tarifverträge anwenden. Dies ist nicht nur legal, sondern grundgesetzlich geschützt. Es macht Sinn, dass tarifgebundene Firmen sich im Wettbewerb mit nicht tarifgebundenen bewähren, gerade auch vor dem Hintergrund leerer Kassen im Saarland. Wäre es anders, würden die Löhne und damit die Kosten für den Steuerzahler nach oben weglaufen.

Auch der Europäische Gerichtshof hat vor einem Jahr eindeutig erklärt, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht mit dem Zwang verbunden sein darf, die Tarifverträge einzuhalten. Entsprechende Regelungen in den Vergabegesetzen sind nichtig. Deshalb müssen auch entsprechende saarländische Formulierungen endlich förmlich aufgehoben werden (derzeit werden sie nur nicht angewandt).

Es geht auch nicht an, dieses Urteil nun mit Tricks umgehen zu wollen. Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechenden Bestrebungen der Gewerkschaften endlich eine klare Absage zu erteilen. Es geht nicht an, dass deren Bestrebungen um möglichst hohe Löhne erleichtert und ihre Abschlüsse durch Gesetz zwangsweise auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt werden.

### **Hochschulentwicklung: Stärkung der Ingenieurausbildung**

Innovationen sind der Motor für Wachstum und Beschäftigung. Die saarländische Wirtschaft setzt sich deshalb dafür ein, die Innovationskraft der Saarländischen Wirtschaft in der Breite der Branchen zu stärken. Den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in unserem Land kommt dabei eine besondere Bedeutung zu:

Die Wirtschaft ist gleichermaßen auf eine ausreichende Verfügbarkeit qualifizierter Hochschulabsolventen wie auf leistungsfähige Partner in der wirtschaftlichen Forschung angewiesen. Deshalb ist es wichtig, darauf hinzuwirken, dass sich die

Studienangebote und Forschungsschwerpunkte künftig stärker als bisher an den Bedürfnissen der saarländischen Wirtschaft orientieren. Hier gilt es insbesondere die Automobilindustrie zu stärken und zu unterstützen, die die treibende Kraft des Strukturwandels an der Saar war und den Motor der saarländischen Wirtschaft bildet. Wir brauchen nicht nur eine gute Ausbildung für mehr hoch qualifizierte Fachkräfte, sondern auch den Ausbau spezieller Forschungslandschaft zugeschnitten auf die Anforderungen der saarländischen Industrie.

Handlungsbedarf haben wir insbesondere im Bereich der Ingenieurwissenschaften erkannt und gemeinsam mit der Landesregierung das Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik gegründet.

Wir versprechen uns hierdurch eine bessere Ingenieurausbildung im Saarland. Die neuen Lehrstühle an Universität und HTW und die intensivere Kooperation zwischen den beiden Hochschulen ermöglichen zugleich den Aufbau des neuen Instituts, dessen Schwerpunkte eng an den Bedürfnissen unserer Industrieunternehmen orientiert sind. Bessere Lehre, mehr Studienplätze, passgenaue Forschung – all dies sind lohnende Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Deshalb engagiert sich die saarländische Wirtschaft mit rund 2,5 Mio. Euro bei diesem Projekt.

Wir vertrauen darauf, dass die gute Kooperation auch in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt wird. Die Stärkung des Innovationsstandortes an der Saar ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen, denen sich die saarländischen Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb täglich gegenübersehen.